

Apropos 28:

Auf dem Weg zum «Denkverbot»

Werden wir richtig informiert? Nur wenn wir den Guru unserer eigenen individuellen Vernunft in der richtigen Weise wirksam werden lassen. Das heißt: wenn wir uns um die nötigen Informationen bemühen und sie *denkend* verarbeiten. Sonst laufen wir Gefahr, von Medien, Behörden oder auch Wissenschaftlern (manchmal absichtlich) in die Irre geführt zu werden. So wie es – in dieser Kolumne ist es zur Genüge dargelegt worden – George W. Bush und seine Spießgesellen getan haben, die im Irak einen völkerrechtlich verbotenen Angriffskrieg führen – was nach den heute üblichen juristischen Kriterien ganz klar ein Kriegsverbrechen ist.

Extremen Gesundheitsrisiken ausgesetzt

Die Menschen sind ja nicht blöd, so dass die permanenten Desinformationskampagnen aus den USA, mit denen versucht wird, das Faktum der Verbrechen zu verschleiern, nur bei Einzelnen verfangen haben, die dann etwa den Titel des letzten *Apropos* («Darf ein (Kriegs-)Verbrecher Präsident der USA sein?») für verfehlt oder gar für unverschämt halten. Dabei nimmt der Skandal, dass die Bush-Administration durch die Informationsmanipulation nach den Anschlägen in New York vom 11.9.2001 alle Helfer und zahlreiche Bewohner und Angestellte im südlichen Manhattan extremen Gesundheitsrisiken ausgesetzt hat, immer größere Ausmaße an. Inzwischen haben sich bereits über 6000 schwer erkrankte Helfer der Sammelklage gegen die Stadt New York und den früheren Besitzer der Zwillingstürme, die Verkehrsbehörde Port Authority (die vom Weißen Haus zur Falschinformation gezwungen wurde), angeschlossen. Allein 375 der Kläger sind seit dem Einsatz in den Trümmern an Krebs erkrankt. Andere leiden unter Problemen mit der Lunge und den Atemwegen. Manche Polizei- und Feuerwehrmänner sind an den Folgen der toxischen Rauchschwaden und des gesundheitsgefährdenden Staubs bereits gestorben.¹

«Kampf gegen den Terrorismus» völlig außerhalb des Rechts

Ob jetzt auch die Letzten merken, welcher Gangster zurzeit die USA regiert, nachdem George W. Bush endlich zugegeben hat, was er und sein Klüngel monatelang bestritten haben: dass weltweit illegale, geheime CIA-Gefängnisse unterhalten werden? Der Europarat und das Europäische Parlament reagierten wütend auf diese Enthüllung. Sarah Lufford, britische EU-Abgeordnete

und stellvertretende Vorsitzende des Untersuchungsausschusses des EU-Parlamentes, sagte: Durch sein Eingeständnis stelle Bush sich nicht nur selbst als Lügner bloß. «Er gibt auch die arroganten Regierungen in Europa der Lächerlichkeit preis, die die Sorgen über das geheime Auslieferungsprogramm als unbegründet zurückgewiesen haben.»² Der Präsident der parlamentarischen Versammlung des Europarates, René van der Linden, erklärte: Es habe sich gezeigt, dass die USA ihren schmutzigen «Kampf gegen den Terrorismus» völlig außerhalb des Rechts geführt hätten. Dick Marty, Schweizer Parlamentarier und Sonderermittler des Europarats – der bei seinen Nachforschungen vom Weißen Haus wie ein Schulbus abgekanzelt worden ist (auch gewisse Medienleute und europäische Regierungen müssten sich bei ihm entschuldigen), meinte: Das Eingeständnis des Präsidenten, dass es diese Gefängnisse überhaupt gebe, sei «nur ein Teil der Wahrheit». «Die USA müssen noch viel mehr aufdecken.»³

Bush: Lügenbaron und Manipulator

Dick Marty hat Recht: Das Gefängnis-Bekenntnis ist keine wirkliche Kehrtwendung des Lügenbarons; er versucht nur, sich am eigenen Schopf aus dem Sumpf zu ziehen – im Hinblick auf die Parlamentswahlen vom November. Bush sei ein «Manipulator» meinte der frühere Staatsanwalt weiter: Die Äußerungen zu den CIA-Gefängnissen seien nur ein «Schachzug» im Hinblick auf die Wahlen und die Behauptungen, wonach die Geheimgefängnisse einen «entscheidenden Beitrag im Kampf gegen den Terrorismus geleistet» hätten, seien «überhaupt nicht erhärtet». Den Politikern schreibt Marty ins Stammbuch: «Wir haben eine Verpflichtung, solche furchtbaren Tatsachen wie Geheimgefängnisse anzusprechen und zu verurteilen»⁴. Allerdings wird der dadurch entstehende Druck der «alten Europäer» der Bush-Administration keinen allzu großen Eindruck machen. Neben den Wahlen ausschlaggebend war vielmehr das Oberste Gericht der USA, das bereits im Juni entschieden hat, dass die Genfer Konvention auch für allfällige Al-Qaida-Gefangene gelten muss. Darum wird jetzt zumindest der Anschein erweckt, dass die Regierung diesem Urteil entsprechen wird. Wer genau hinhörte, konnte aber feststellen, dass die CIA-Gefängnisse nicht geschlossen werden; es werden «nur» 14 «mutmaßliche Terroristenführer» nach Guantanamo überführt, wo zum Teil seit Jahren

und überwiegend ohne Anklage mehr als 400 Personen festgehalten werden, und wo jetzt ab sofort die Genfer Konvention respektiert werden soll – zumindest fast: «Für einige Inhaftierte werde aber ein geringerer Schutz gelten, etwa für Mitglieder der Terrorgruppe Al-Qaida», teilte die US-Regierung inzwischen mit⁵...

Die «Sondermethoden» der CIA

Bush gab auch erstmals zu, «dass die Spitzenterroristen unter Anwendung von ‚Sondermethoden‘ verhört worden seien. Es habe sich dabei nicht um Folter gehandelt, wohl aber um ‚harte Methoden (tough measures)‘, die indes nicht die Gesundheit der Terroristen gefährdet hätten. Sie seien vom Justizminister und vom CIA-Generalinspekteur geprüft worden». Er ließ durchblicken, «dass die Anwendung solcher Methoden nicht aufhöre. Es handele sich um ein ‚unverzichtbares‘ Instrument zur Gewinnung von Informationen, ‚an die anders nicht heranzukommen ist‘»⁶. Indem Bush formulierte, Al-Qaida-Spitzen würden, «falls angemessen», vor ein ordentliches Gericht gestellt, ließ er durchblicken, dass «die Zwangsmittel durchaus als Folter einstuftbar sein könnten. Durch Folter gewonnene Aussagen sind im US-Strafrecht gar nicht, im US-Militärstrafrecht nur bedingt verwendungsfähig. Genau um diese Frage streitet sich die Regierung mit dem Parlament». Bush forderte den Kongress entschieden auf, bei der Reform der Militärkommissionen dafür zu sorgen, «dass CIA-Vernehmer weder im In- noch Ausland für ihre Methoden belangt werden könnten». Anderenfalls, deutete er an, «lege er sein Veto ein». Ein Teil dieser Hintergründe findet sich im Buch *Die Ein-Prozent-Doktrin* des Pulitzer-Preisträgers Ron Suskind⁷, der offenbar den früheren CIA-Chef George Tenet als Quelle gewinnen konnte; er schreibt, die beiden (angeblichen) 9/11-Terroristen Khaled Mohammed («Chefplaner») und Ramsi Binalshibh («Finanzchef») seien nach ihrer Festnahme 2003 zunächst nach Thailand geflogen worden. Die dort angewendeten «Sondermethoden» bestanden aus «Schlafentzug, Lärm, vorgetäuschem Ertränken, aber auch der Drohung, Mohammeds Kinder zu foltern». Auf dessen Spur sei die CIA durch einen Tipgeber gekommen, nicht durch Aussagen unter dem Einfluss von «Sondermethoden», wie Bush den Anschein erweckte. Laut Suskind wendet die CIA aber auch «Sondermethoden» der ganz anderen Art an: Im Sommer 2002 «entführte sie in Deutschland den Bruder eines Al-Qaida-Finanziers. Sie kidnappte auch diesen selbst und dessen Angestellte in seiner kleinen Bank in Pakistan. Am Folgetag tauchten dort ‚weitläufige Verwandte‘ als Interims-Geschäftsführer auf – von der CIA trainierte Pakistanis. Der US-Geheimdienst hatte eine der Banken übernommen, die Osamas

Truppe finanzierten. Al-Qaida schöpfte keinen Verdacht. Die CIA erhielt tiefe Einblicke» und identifizierte laut Suskind über die Bank rund 200 Al-Qaida-Kader⁶. (In diesem Buch enthüllt Suskind übrigens auch, dass die Streitkräfte der USA im Jahr 2001 absichtlich das Büro des arabischen Nachrichtensenders Al-Dschasira bombardiert hätten, um den Sender zu warnen.)

George W. Bush vor Kriegsverbrecher-Prozess?

In der gleichen Art entlarvt George W. Bush auch seinen Umgang mit der Genfer Konvention. Nachdem das Oberste Gericht bereits Ende Juni die bisherige Praxis als verfassungswidrig bezeichnet hatte, erließ GWB eine Direktive, «Internierte seien menschlich anständig zu behandeln». Mit einem Runderlass an alle Führungsstäbe der US-Streitkräfte anerkannte das Pentagon zudem die Gültigkeit der Genfer Konvention für Kombattanten Al-Qaidas und die Insaßen von Guantanamo. Interessanterweise trägt der Erlass die Unterschrift des Vizeverteidigungsministers Gordon England, nicht diejenige von Chef Donald Rumsfeld ...⁸ «Mit einjähriger Verspätung veröffentlichte das Pentagon auch ein neues Feldhandbuch. Danach sind Praktiken verboten, die beispielsweise beim Folter- und Missbrauchskandal im US-Militärgefängnis von Abu Ghreib bei Bagdad angewendet wurden. Ausdrücklich untersagt ist es den US-Sicherheitskräften, laut Handbuch, Gefangene bei Verhören zu entblößen oder sexuell zu missbrauchen. Verboten sind außerdem Methoden wie Scheinexekutionen sowie Elektroschocks.»⁹ Nicht laut gesagt wird aber, dass dieses Handbuch zwar für die US-Armee gilt, nicht aber für die CIA oder andere Geheimdienste ...¹⁰ Allerdings scheut sich Bush nicht, das geheime CIA-Programm (ein euphemistischer Ausdruck für all die verfassungswidrigen Praktiken) zu verteidigen, «weil damit viele Mitglieder des Terrornetzwerkes festgenommen und ‚potenzielle Massenmörder‘ der Straße ferngehalten worden seien». Und Gipfel der Schlaumeierei – Angriff gilt offenbar noch immer als beste Verteidigung: Bush fordert den amerikanischen Kongress auf, «klare Regeln zu verabschieden, damit Ermittler nicht von mutmaßlichen Terroristen verklagt werden könnten». Zudem müsse der Kongress regeln, «welche Praktiken laut amerikanischem Gesetz als Kriegsverbrechen gelten». Bush wiederholte gleichzeitig frühere Erklärungen, wonach «die Vereinigten Staaten nie Folter angewendet hätten und nie anwenden würden».¹¹ Man muss sich klar machen, was hier vorgeht! Da wird – nach internationalen Maßstäben – noch und noch gefoltert, da werden – ebenfalls nach internationalen Maßstäben – Kriegsverbrechen begangen, das Oberste Gericht der USA rüffelt die Regierung und pfeift sie zu-

rück. Doch was tut der Präsident? Er macht leicht getarnt einfach weiter und versucht, sich mit dem Parlament abzusichern. Da kommt es nicht darauf an, was die internationale Gemeinschaft einmütig als Kriegsverbrechen ächten will, sondern der Kongress soll das amerikanische Gesetz so einrichten, dass die Praktiken der Bush-Administration legalisiert werden – und dieses Gesetz soll dann weltweit gelten. Wenn Bush sich darauf beruft, dass der Justizminister die «Sondermethoden» der CIA geprüft habe, muss nachgetragen werden, dass er 2005 ja gerade den Anwalt Alberto Gonzalez zum Justizminister berufen hat, weil dieser erklärte, die Genfer Konvention sei überholt («obsolete») und auch die Guantanamo-Praktiken für rechtmässig erklärte – Auffassungen, die vom Obersten Gericht nun als verfassungswidrig beurteilt wurden ...

Möglicherweise ist der US-Präsident aber auch auf der «Flucht nach vorn, denn es geht um seinen Kopf» – wie politische Beobachter meinen. «1996 hat der Kongress ein «Gesetz gegen Kriegsverbrechen» verabschiedet, welches besagt: «Wer auch immer inner- oder ausserhalb der USA einen schweren Bruch der Genfer Konventionen begeht, wird mit Geldstrafe oder mit lebenslanger Haft oder zeitlich begrenzter Haft oder beidem belegt, und wenn das Opfer verstirbt, auch mit der Todesstrafe.» Wer auch immer: Das Gesetz gilt auch für einen Präsidenten. Und es könnte seinem Wortlaut nach selbst dann Anwendung finden, wenn das Opfer erst lange nach der Folter an deren Folgen stirbt.» Bush erhob nur eine konkrete Forderung an den Kongress: Immunität für alle Beteiligten. Und das, noch bevor das Parlament in einen Wahlkampf geht, an dessen Ende ein Sieg der Opposition stehen könnte. «Er ist sich bewusst, dass es bei den Demokraten Kräfte gibt, die ihn gern des Amtes entheben würden. Eine Anklage nach dem Gesetz gegen Kriegsverbrechen böte dazu eine Handhabe.» Eine weitere List der Weltgeschichte – im Sinne des großen Philosophen Hegel? Ein Beobachter jedenfalls meint: «Der amerikanische Rechtsstaat hat dafür gesorgt, dass Al-Qaida der Prozess gemacht wird. Er sorgt jetzt womöglich dafür, dass deren ärgster Feind, George W. Bush, ebenfalls einen erhält.»¹²

Saddam Hussein hatte keine Verbindung zu Al-Qaida

Ein Teil der Senatoren hat bereits Vorarbeit dazu geleistet: Mit einem 400 Seiten dicken Bericht hat der Geheimdienstausschuss des US-Senats Präsident Bush «eine schallende Ohrfeige» verabreicht: Für einen der Hauptgründe des Irakkriegs – eine Verbindung zwischen Diktator Saddam und dem Terrornetzwerk Al-Qaida – gibt es «keinerlei Hinweise». Saddam Hussein und seine Schergen in Bagdad «hatten keine Verbindung, boten keine Zuflucht und drückten auch kein Auge zu in Richtung Sarkawi und

dessen Anhänger», heißt es da. Vielmehr sei Saddam misstrauisch gegenüber Al-Qaida gewesen und habe die islamischen Extremisten als Gefahr für sein Regime angesehen. Es könne nicht einmal gesagt werden, dass die damalige irakische Regierung den Al-Qaida-Führer Abu Mussab al Sarkawi – die angebliche Verbindung zu Bin Laden – geschützt habe. «Sarkawi habe sich zwar von Mai bis Ende November 2002 in Bagdad aufgehalten, aber Saddam habe während dieser Zeit versucht, ihn gefangen zu nehmen.» Das Ganze stelle der Regierung ein «verheerendes Zeugnis» aus, sagte Senator Carl Levin.¹³ Offensichtlich nichts gelernt hat Vizepräsident Dick Cheney, der noch nach diesem Senatsbericht den Krieg im Irak als wichtigste Front im Kampf gegen den Terrorismus bezeichnet. Realistischer ist da wohl Ernst Uhrlau, Präsident des deutschen Bundesnachrichtendienstes (einer der Geheimdienste), mit der Aussage, der Irakkrieg sei «für die Terrorbekämpfung kontraproduktiv»: «Vor dem Krieg habe es keine Terroristen im Irak gegeben. Heute sei das Land dagegen eine Plattform, die die Chance biete, die Vereinigten Staaten dort anzugreifen.»¹⁴

USA wieder kriegslüstern?

US-Parlamentarier können offenbar auch anders: So hat der Geheimdienstausschuss des amerikanischen Repräsentantenhauses falsche Angaben über das iranische Atomprogramm gemacht, was die Internationale Atomenergiebehörde IAEA zu einem scharfen Protest veranlasst hat. Ein Bericht aus dem Geheimdienstausschuss des Repräsentantenhauses enthalte «einige falsche, irreführende und unbelegte Informationen», heißt es in einem Brief des IAEA-Direktors für Außenbeziehungen, Vilmos Cserveny, an den Ausschussvorsitzenden Peter Hoekstra. Die IAEA bemängelt vor allem Angaben über angeblich waffenfähiges Uran im Iran. Im Ausschuss-Bericht sei davon die Rede, dass «Uran in Iran so weit angereichert werde, dass es atomwaffenfähig sei». Im Iran werde «Uran aber nur bis zu einem Grad von 3,6 Prozent angereichert – weit weniger als die 90 Prozent, die für den Atomwaffenbau nötig sind»¹⁵. Ein westlicher Diplomat in Wien kritisierte die USA deutlich. Das Vorgehen des Ausschusses zum Atomstreit mit Iran erinnere an die Vorgeschichte des Irakkriegs, als die USA offenbar haltlose Angaben über Massenvernichtungswaffen im Irak machten.

Mit dem Bösewicht Osama winken

Nicht außer acht lassen darf man, dass im November (Kongress-)Wahlen sind. Gewisse Vorstöße bekommen nur dadurch einen Sinn. Wichtig ist auch die Stimmung: «Die Wähler sind des Irakkrieges mehr und mehr müde, doch sie haben Angst vor Osama» – wie ein Beobachter

kurz und bündig feststellt¹⁶. Deshalb kann Bush die Geschichte mit den CIA-Flügen jetzt auch ohne weiteres zugeben. Beim Wähler bleibt hängen, dass der Präsident etwas gegen den Bösewicht Bin Laden tut; dass das etwas außerhalb der Legalität geschieht, ist den meisten egal; Hauptsache, sie fühlen sich etwas sicherer. Die Methode hat schon vor zwei Jahren bei der Präsidentschaftswahl bestens funktioniert. Um zu kontern, müssen sich die Demokraten auch etwas einfallen lassen: Im letzten *Apropos* wurde geschildert, dass bereits Ende 2005 der US-Geheimdienst CIA die interne Abteilung geschlossen hat, die jahrelang für die Jagd auf Al-Qaida-Chef Osama bin Laden zuständig war. Die Mitarbeiter und das Geld konnten anderswo besser eingesetzt werden, da seit zwei Jahren keine Spur von Osama mehr zu finden war¹⁷. Nach der Wahllogik ist da jetzt ein Loch, in das man vorstoßen kann. Deshalb setzte ein Demokrat im US-Senat eine Finanzspritze von 200 Millionen Dollar (!) durch, damit wieder eine Geheimdienst-Einheit gegründet wird, um Osama bin Laden zu suchen¹².

Osama bin Laden taugt offensichtlich sehr gut als angsteinflößender Bösewicht. Ob er und seine Al-Qaida aber überhaupt etwas mit dem Geschehen vom 11. September 2001 zu tun haben, ist keineswegs gesichert. Bis jetzt wurden zwar viele Menschen verhaftet und mindestens zum Teil gefoltert, aber – nach immerhin fünf Jahren! – kein einziger als 9/11-(Mit-)Täter verurteilt. So klar kann also die Beweislage nicht sein! Der Bericht der offiziellen 9/11-Kommission ist nur bedingt brauchbar – so umfangreich er auch ist –, weil er entscheidende offene Fragen schlicht nicht behandelt. So ist immer nur von den beiden WTC-Türmen die Rede, die im freien Fall in sich zusammengestürzt sind; der dritte Turm (WTC-7), in den kein Flugzeug einschlug, der aber dennoch auch innert Sekunden in sich zusammensank, kommt überhaupt nicht vor. Auch die verschiedenen Militärübungen, die merkwürdigerweise gleichzeitig mit den Anschlägen stattfanden, kommen nur in einer Fußnote vor. Das ist auch nicht verwunderlich, weil die Kommission nicht unabhängig ist: Sie wurde vom US-Präsidenten eingesetzt und besteht paritätisch aus Mitgliedern der beiden Parteien, die primär deren Interessen vertreten. Nur eine wirklich unabhängige, internationale Kommission könnte mehr zur Aufklärung beitragen.

Verschärfte Flughafenkontrollen:

«Völlig überflüssig»

Apropos: Auch beim Terror-Szenario von London, bei dem angeblich Terroristen Flugzeuge mit Flüssigsprennstoff eliminieren wollten, sind Zweifel angebracht: Der britische Sprengstoffexperte Nigel Wylde, heute Waffen-

sachverständiger bei Gericht, meint: So wie die Behörden die Pläne der mutmaßlichen Terroristen geschildert haben, könnten sie technisch gar nicht funktionieren.¹⁸

Ebenso aufschlussreich ist, was der Sicherheitschef des Flughafens Zürich-Kloten, Robert Gattiker von der Kantonspolizei Zürich, in der Sendung «Rundschau» des Schweizer Fernsehens zu den verschärften Sicherheitsmaßnahmen sagte, die seit den Terrorwarnungen in London auch am Flughafen Kloten gelten: «überflüssig». Mit modernen Geräten könne Flüssigsprennstoff nachgewiesen werden. Ob Sprengstoff fest, flüssig oder gelartig sei, ändere nichts: «Wir können das detektieren.» Die verschärften Kontrollen seien «rein politisch und administrativ bedingt». Sie seien auf Grund von Vorschriften in den USA eingeführt worden.¹⁹

Was Rudolf Steiner dazu sagt

Offenbar sollen die Menschen heutzutage konditioniert werden – nicht zuletzt mit Angst. Das kann den nicht verwundern, der das Erbe Rudolf Steiners studiert. Die geschilderten Phänomene sind offensichtlich die noch relativ harmlosen Anfänge einer Entwicklung, die sich schnell beschleunigen wird: «Es wird gar nicht lange dauern, wenn man das Jahr 2000 geschrieben haben wird, da wird nicht ein direktes, aber eine Art von Verbot für alles Denken von Amerika ausgehen, ein Gesetz, welches den Zweck haben wird, alles individuelle Denken zu unterdrücken.»²⁰

*Boris Bernstein**

* Boris Bernstein arbeitet seit Jahrzehnten bei einem europäischen Printmedium.

- 1 *New York Post*, 6.9.2006
- 2 *Spiegel Online*, 7.9.2006
- 3 AP-Meldung vom 7.9.2006
- 4 AP-Meldung vom 10.9.2006
- 5 *Spiegel Online*, 6.9.2006
- 6 *Die Welt*, 6.9.2006
- 7 Ron Suskind: *The One Percent Doctrine*,
- 8 *Die Welt*, 13.7.2006
- 9 www.netzeitung.de/ 6.9.2006
- 10 www.telepolis.de/ 7.9.2006
- 11 www.faz.net/ 6.9.2006
- 12 *Die Welt*, 8.9.2006
- 13 *Spiegel Online*, 8.9.2006
- 14 www.faz.net/ 11.9.2006
- 15 AFP-Meldung vom 14.9.2006
- 16 *Die Welt*, 14.9.2006
- 17 *Spiegel Online*, 10.9.2006
- 18 *stern* 36/2006
- 19 Schweizer Fernsehen: *Rundschau*, 6.9.2006. SDA-Meldung vom 6.9.2006
- 20 Rudolf Steiner, GA 167, 4. April 1916